

Gymnasien nehmen Inklusion behinderter Jugendlicher ernst

Fachtagung des Deutschen Philologenverbandes in Kassel zum Thema Gymnasium und Inklusion – Möglichkeiten und Grenzen

Auf einer bundesweiten Fachtagung des Deutschen Philologenverbandes in Kassel wurden von den Referentinnen und Referenten Möglichkeiten und Grenzen der inklusiven Beschulung an Gymnasien ausgelotet. Dabei standen auch immer wieder die Erfahrungen mit laufenden Modellversuchen in verschiedenen Bundesländern im Mittelpunkt der Diskussion.

Die hessische Kultusministerin Dorothea Henzler setzte sich in ihrem Redebeitrag dafür ein, dass das Kindeswohl und die individuelle Förderung jedes Einzelnen in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt werden müsse. Sie warnte davor, die Diskussion zu stark zu emotionalisieren und unter strukturellen Gesichtspunkten zu führen. Es komme darauf an, mehr Kindern mit Behinderungen den Weg an Regelschulen zu öffnen und für jedes Kind die bestmögliche Förderung bereitzustellen. Das könne aber auch ein Platz an einer Förderschule sein, deren Fortbestehen das Land Hessen im neuen Schulgesetz gesichert habe. Auf die Kompetenz der Lehrkräfte an Förderzentren dürfe ein Schulwesen nicht verzichten. Sie verwies grundsätzlich auf den Finanzierungsvorbehalt bei der Umsetzung der UN-Konvention, zumal in Zeiten der Schuldenbremse.

Das Hauptreferat hielt Prof. Clemens Hillenbrand von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er stellte grundsätzlich dar, dass es auch nach Inkrafttreten der UN-Konvention zur Inklusion verschiedene Formen inklusiver Beschulung geben werde, die von der nahtlosen Einbeziehung in Regelklassen über zeitweise Differenzierungsphasen bis hin zu weiterhin notwendigen Spezialschulen und -klassen reichten. Es gebe auch international kein Land, das eine hundertprozentige Inklusion behinderter Kinder in allgemeinen Schulen umgesetzt habe. Allerdings plädierte er leidenschaftlich dafür, dass auch die Gymnasien die Herausforderung inklusiver Beschulung positiv annehmen sollten. Er stellte dabei heraus, dass alle Studien zeigten, dass die Sozialkompetenz der Schüler an Gymnasien besonders hoch entwickelt sei. Damit seien die Gelingensbedingungen für erfolgreiche Inklusion an deutschen Gymnasien besonders hoch. Auch widerspreche intelligent umgesetzter lernzieldifferenter Unterricht nicht dem Auftrag des Gymnasiums. Hauptkriterium für erfolgreiche Inklusion sei guter Unterricht und da bräuchten sich die Gymnasien nicht verstecken.

Der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger betonte, dass anders als vielfach behauptet, die UN-Konvention den Vertragsstaaten eine große organisatorische und inhaltliche Ausgestaltungsfreiheit bei der Umsetzung inklusiver Bildung erlaube. Die Behauptung, nur eine Einheitsschule könne inklusiv beschulen, sei eine Erfindung von Personen, die schon immer auf der Suche nach neuen Begründungen für alte Ideologien gewesen seien.

Die Direktorin des Hölty-Gymnasiums in Wunstorf, Frau Laukamp-Grimmel, stellte ihren Modellversuch von Inklusionsklassen vor und berichtete über erste positive Erfahrungen. Sie stellte allerdings auch die dafür notwendigen personellen, räumlichen und finanziellen Rahmenbedingungen heraus. Ziel sei es, viele gemeinsame Lernsituationen herzustellen.

Die zukünftige Rolle der Förderschulen rückte Frau Antje Leisner von der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. in den Mittelpunkt ihres Beitrags. Sie nahm durchaus kritisch manche negative Begleiterscheinung überstürzt eingeführter Inklusionsmaßnahmen unter die Lupe und arbeitete überzeugend heraus, dass auf die hohe Kompetenz der Lehrer im sehr differenzierten deutschen Förderschulwesen auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann. Sie plädierte für einen realistischen Mittelweg zwischen den beiden Zielkonzeptionen einer Schule für alle und der richtigen Schule für jedes Kind. Förderschulen müssten auch in Zukunft zeitlich begrenzte und dauerhafte Angebote für Kinder bereitstellen, deren Lernerfolge an Regelschulen mit den Mitteln der allgemeinen Pädagogik gefährdet scheinen.

Helga Kiel, die Vorsitzende des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen ging am weitesten; sie forderte nachdrücklich ein, Schule unter den Bedingungen der Inklusion grundsätzlich neu zu denken. Dafür müsse die pädagogische Forschung Konzepte entwickeln und die Politik alle nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Nach der sehr lebhaften Diskussion auf dem Podium und mit den ca. 150 erschienenen Wissenschaftlern, Lehrkräften, Vertretern von Ministerien, Bildungsinstituten und Verbänden sowie Politikern fasste der Leiter der Tagung, der stellvertretende DPhV-Vorsitzende Dr. Horst Günther Klitzing die Diskussion zusammen, die von einer spürbaren positiven Aufbruchsstimmung getragen war, die allerdings die Realität nie aus den Augen verloren habe. Nachdrücklich setzte er sich dafür ein, das Elternwahlrecht nicht außer Kraft zu setzen. Diese wüssten meist genau, welche Förderung und welcher Lernort für ihre Kinder am besten seien.

Berlin, den 8. Februar 2012

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin